

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

17. Dezember 1948

Blatt 1720

Dienstjubilare im Altersheim Liesing

Die Angestellten des Liesinger Altersheimes gedachten gestern abend des 30 bzw. 25jährigen Dienstjubiläums von elf ihrer Kollegen. Die Stationschwester Schulhof, der Obergärtner Hölgel, der Portiert Schindler und der Kraftwagenlenker Haupt stehen seit 1918 im Dienst der Anstalt. Der Betriebsrat und die Verwaltung übergaben aus diesem Anlaß den Jubilaren kleine Geschenke und sprachen ihnen für ihre pflichtbewußte Arbeit Anerkennung aus. Im Namen der Gewerkschaft begrüßte die Jubilare Präsident Stonner. Die Grüße der Stadt Wien und des 25. Bezirkes überbrachten Bezirksvorsteher Radfux und Obersenatsrat Dr. Schwarzl.

Betrügerisches Inkasso

In letzter Zeit haben sich einige Fälle ereignet, bei denen ein Betrüger in verschiedenen Haushalten den Stromverbrauch abrechnete und einkassierte.

Die Wiener Elektrizitätswerke machen, um die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren, aufmerksam, daß ihre Organe uniformiert sind und sich jederzeit mit Legitimation und Dienstabzeichen ausweisen müssen. Die Nummer des Dienstabzeichens ist in der Legitimation eingetragen und muß mit dieser übereinstimmen.

Bei jeder Zahlungsbestätigung muß außer dem Namen des Organes von nun an auch die Nummer seines Dienstabzeichens angeführt werden.

48/3

Landesernährungsamt Wien

Lebensmittelauf Ruf

für die Woche vom 20.-26.12.1948

Verrechnungstr.	Lebensmittel	Normalkarten					Zusatzkarten							
		Kist	Klk	K	Jed	E	Sst	S	A	Jed/Z	M			
		0-3	3-6	6-12	12-18	üb. 18	Schwerarb.	Schwerarb.	Arbeiter	Post-Zusatz	1/2-Mutter			
		Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.	Menge/Abs.			
12	Brot	g	100 ^{1/4}	500 ^{1/4}	500 ^{1/4}	500 ^{1/4}	500 ^{1/4}	1650 ²⁵	1300 ²⁵	400 ²⁵				
	-"-	"		300 ^{1/2}	500 ^{1/2}	500 ^{1/2}	500 ^{1/2}							
	-"-	"			200 ^{3/4}	500 ^{3/4}	500 ^{3/4}							
a	-"- (Brotkleinabs. 3.Woche)	"	200 ^{4St}	200 ^{4St}	500 ^{10St}	800 ^{16St}	800 ^{16St}							
12	b weißes Kochmehl	"	300 ^{1/4}	300 ^{1/4}	300 ^{1/4}	450 ^{1/4}	450 ^{1/4}							
27	c Schweinefleisch	"	100 ⁷	150 ⁷	200 ⁷	200 ⁷	200 ⁷							
	-"- (Fleischkleinabs 3.Woche)	"		50 ^{1St}	50 ^{1St}	100 ^{2St}	100 ^{2St}							
23	c Schmalz	"					220 ⁸	120 ²⁷	50 ²⁷				50 ²⁷	
	-"- (Fettkleinabs. 3.Woche)	"					50 ^{10St}							
11	cd Butter	"	125 ⁸	160 ⁸	220 ⁸	290 ⁸								
	-"- (Fettkleinabs. 3.Woche)	"		30 ^{6St}	30 ^{6St}	50 ^{10St}								
8	ce Trockenei	"					70 ^{28*}							
9	ce Trockenmilch	"				100 ^{28*}								
1	Haferflocken (Nährmittelabs.)	"		100 ¹¹	100 ¹¹	100 ¹¹	100 ¹¹	200 ^{28*}	200 ^{28*}	50 ^{28*}				
5	cf weißes Kochmehl	"	100 ^{30*}	310 ^{30*}	660 ^{30*}	310 ^{30*}	330 ^{30*}	200 ^{29*}	100 ^{29*}					
	cg Kindernährm. od. Weizengr.	"	365 ³³											
3	h Zucker	"	420 ^{27*}	420 ^{27*}	420 ^{27*}	320 ^{27*}	320 ^{27*}					x	100 ^{28*}	
2	ci Sonnenkaffee (geröstet)	"					70 ^{31*}							
	j Bismarck	"						220 ³³	110 ³³				220 ³³	
26	Pferdefleischkons.	"						150 ²⁶	150 ²⁶	50 ²⁶			100 ²⁶	
7	k Schmelzkäse	"						100 ³²	100 ³²	100 ³²				
1	Hülsenfrüchte	"						180 ^{30*}	290 ^{30*}	300 ^{30*}				
1	Frischmilch täglich	l	3/4	1/2	1/4									1/2
3	l Magermilch pro Woche	"				6/8	2/8							
11	m Kartoffeln (Kartoffelk. 48/55)	g	700 ^{48*}	1400 ^{48*}	1400 ^{48*}	1400 ^{48*}	1400 ^{48*}	700 ³⁴	700 ³⁴	700 ³⁴				
TAGESKALORIENDURCHSCHNITT			1201	1563	1926	2098	2099	3362	3095	2503	2198	2609		

- a) Anlässlich der Weihnachtsfeiertage kann jeder Verbraucher auf fünf Brotkleinabschnitte an Stelle von 250 g Brot 250 g Kaffeemittel beziehen. Zu Kontrollzwecken ist bei der Ausgabe der Abschnitt 29 der Lebensmittelkarte zu entwerfen
- b) Auf Abschnitt III/4 können an Stelle von Kochmehl wahlweise auch weiße Teigwaren bezogen werden, und zwar 280 g statt 300 g Mehl und 420 g statt 450 g Mehl; Bezugsabschnitte müssen abgetrennt und verrechnet werden!
- c) Abschnitte 7, 8, 28, 29, 30, 31 und 33 mit Aufdruck "SV" sind ungültig
- d) Die Bezugsabschnitte für Butter müssen abgetrennt und verrechnet werden! Ausgabe nach der Milchrayonierung
- e) Ausgabe nach der Ölrasyonierung
- f) Ausgabe nach der Nährmittelrayonierung
- g) Für zwei Wochen, Kalorienanrechnung wochenweise; Ausgabe in Milch- und Lebensmittelgeschäften nach freier Wahl, Weizengrieß nur in Lebensmittelgeschäften; Bezugsabschnitte müssen abgetrennt und verrechnet werden!
- h) Für Kinder bis 12 Jahre einschließlich der Weihnachtszuteilung von 100 g (ohne Anrechnung auf den Kaloriensatz); für werktätige Jugendliche bereits aufgerufen
- i) Weihnachtszuteilung
- j) Ausgabe in Fischgeschäften; 110 g = eine, 220 g = zwei Dosen zu je ca 110 g
- k) Ausgabe in Milchgeschäften
- l) Für Jugendliche auf die Milkarte, für Erwachsene auf den Kundenausweis
- m) Für Einlagerer bereits aufgerufen
- n) Abschnitte sind zu entwerfen, alle übrigen abzutrennen!

Große Schwimmseife nicht frei
=====

Zur Beantwortung zahlreicher Anfragen teilt das Hauptwirtschaftsamt Wien mit, daß wohl die Restbestände der kleinen Schwimmseife (Einheitsseife), Fettsäuregehalt 11,2 g, frei abverkauft werden dürfen, nicht aber die großen Stücke Schwimmseife (Einheitsseife) Fettsäuregehalt 16 g, die an die Abgabe von Bezugsberechtigungen gebunden sind.

Schneeräumung bald beendet
=====

Von der städtischen Straßenreinigung wurden heute 5 Auto-kleinpflüge, 9 pferdebespannte Schneepflüge und 2 Traktoren, sowie 18 Streuautos, 9 pferdebespannte Streuwagen und 42 Schneeabfuhrlastwagen verwendet.

Außer dem eigenen Personal waren bei der Straßenpflege 1107 und bei den Verkehrsbetrieben 1504 freiwillige Arbeiter mit der Schneeräumung beschäftigt. Die Schneearbeiteraufnahme wird mit dem heutigen Tag abgeschlossen.

Schwedische Trockenmilch
=====

Für die 3 bis 6jährigen Kinder der Bezirke 14, 15, 16, 20, 21, 22 und 14 a, die in der letzten Woche an der Ausspeisung teilgenommen haben, wird die Trockenmilch Montag, den 20. Dezember, in den bekannten Ausgabestellen ausgegeben.

Der Tag muß unbedingt eingehalten werden.

Kindernährmittel. Reichere Auswahl der Erzeugnisse

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Um den Müttern eine reichere Auswahl von Kindernährmitteln zu ermöglichen, wurden im Rahmen des Aufrufes verschiedene Erzeugnisse zum Verkauf zugelassen. Eine Erleichterung wurde noch dadurch geschaffen, daß der Bezug sowohl im Milchgeschäft als auch im Lebensmittelgeschäft ohne Rayonierung erfolgen kann.

Teigwaren oder Kochmehl

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Die Hausfrauen werden neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß sie auf Wunsch an Stelle von Kochmehl weiße Teigwaren erhalten können. Im Rahmen des Aufrufes können 280 bzw. 420 Gramm weiße Teigwaren an Stelle von 300 bzw. 450 Gramm Kochmehl bezogen werden.

Freigabe von Fischkonserven

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

In den Lebensmittel- und Fischhandelsgeschäften lagern noch Bestände an Fischkonserven verschiedener Art. Da die Mengen für einen allgemeinen Aufruf nicht ausreichen, werden sie zum Verkauf freigegeben. Verbraucherpreis für eine Dose Reaver-Heringe S 1.30, Sea-Heringe S 2.10 und Silver Lake S 1.---.

Städtebund und Weihnachtzulagen

Auf Ersuchen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Österreichs hielt die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes heute im Wiener Rathaus eine Sitzung ab, um zu der Forderung der Gemeindeangestellten nach dem 13. Monatsgehalt neuerlich Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch Vertreter des Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten teil.

Vizebürgermeister Honay stellte fest, daß die Gemeinden durch den Finanzausgleich und durch das gleiche Dienst- und Besoldungsrecht an die Entschlüsse der Bundesregierung gebunden sind und daß aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage der Gemeinden, der Städtebund Zugeständnisse, die über die von der Bundesregierung gewährten Zulagen hinausgehen, nicht machen könne. Die Geschäftsleitung beschloß nach einer ausführlichen Debatte nachstehende Resolution:

Der Städtebund ist mit Rücksicht auf die finanzielle Lage seiner Mitglieder und im Hinblick darauf, daß die wirtschaftliche Existenz seiner Mitgliedsgemeinden von der Höhe der Zuwendungen gemeinschaftlicher Bundesabgaben abhängig ist, zu seinem Bedauern nicht in der Lage, in der Frage der einmaligen Zahlung einer Weihnachtsaushilfe über die vom Bund getroffene Regelung hinauszugehen.

Er bedauert, daß - angeregt durch Beschlüsse einzelner Länder und Gemeinden - auch Mitgliedsgemeinden des Städtebundes nicht Disziplin gehalten und über die Beschlüsse der Bundesregierung hinausgehende Zahlungen zugestanden haben. Solche Zahlungen können bei Gefahr sonstiger Zwangsfolgen in der Verteilung der gemeinschaftlichen Bundessteuern an die Länder und Gemeinden nur als Vorschüsse für kommende Gehaltsregelungen der öffentlichen Angestellten aufgefaßt werden und dürfen keinesfalls dazu führen, daß in Zukunft Unterschiede in der Entlohnung aller öffentlichen Angestellten eintreten.

Der Städtebund anerkennt neuerlich die Berechtigung der Forderung der öffentlichen Angestellten nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und wird daher in einer Vorsprache beim Herrn Bundeskanzler darauf dringen, daß die vereinbarten Verhandlungen mit den Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten so bald wie möglich beginnen.

Diese Entschliebung wurde den Vertretern der Gewerkschaft in einer neuerlichen Aussprache zur Kenntnis gebracht, in der die Städtevertreter abermals betonten, daß die Erfüllung der Forderung der Gewerkschaft nicht an dem Mangel an gutem Willen, sondern derzeit an dem Mangel an Mitteln scheitere. Präsident Stonner und Zentralsekretär Pölzer sowie die Vertreter der Länder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten drückten ihr Bedauern über diesen Beschluß des Städtebundes aus. Sie betonten den Ernst der Lage und erklärten die Resolution nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Sonntagsverkehr auf der Autobuslinie 30

Ab Sonntag, den 19. Dezember, wird die Autobuslinie 30, "Troststraße - Inzersdorf", auch an allen Sonn- und Feiertagen von 7 bis 22'30 Uhr betrieben.

Die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat

Heute nachmittag um 16 Uhr trat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu den Verhandlungen über das Budget für das Jahr 1949 zusammen. Vor Eingang in die Beratungen wurde Johann Bock (SPÖ) an Stelle von Gemeinderat Olah (SPÖ), der wegen seiner Wahl in den Nationalrat sein Mandat zurückgelegt hat, als neuer Gemeinderat angelobt. Sodann erfolgte die Wahl von neun Mitgliedern des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes. Es wurden gewählt die Gemeinderäte Eleonore Hiltl (ÖVP), Matthias Kowatsch (ÖVP), Paula Kratky (SPÖ), Leopold Mistingher (SPÖ), Amalie Reiser (SPÖ), Anton Schwaiger (ÖVP), Karl Steinhardt (KPÖ), Dr. Wilhelm Stemmer (SPÖ) und Adolf Weigelt (SPÖ).

Ein Antrag des Gemeinderates Steinhardt und Genossen betreffend die Errichtung eines Städtischen Krankenhauses im 25. Bezirk, sowie ein Antrag des Gemeinderates Dr. Soswinski auf Einführung eines geregelten Klassen- und Turnunterrichtes in der Schule Wien 19, Celtesgasse wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Voranschlag für 1949

Die Verhandlungen über den Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1949 leitete der Finanzreferent der Gemeinde Wien Stadtrat Resch (SPÖ) ein. Er führte u.a. aus:

Die Höhe der Ansätze des Voranschlages 1949 ergeben sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1948. Das Lohn- und Preisübereinkommen und das Währungsschutzgesetz vom Jahre 1947 sind die Grundlagen dieser Entwicklung. Es ist wohl heute Gemeingut aller wirtschaftlich Denkenden unseres Landes, daß diese zwei Maßnahmen, die damals zum Teil von rechts, besonders heftig aber von links bekämpft wurden, die uns drohende Inflation verhindert und die Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft erst ermöglicht haben. Wenn trotz schwerster Kriegsschäden, trotz Besetzung und Zonengrenzen und trotz der Konfiskation eines wichtigen Teiles unserer Betriebe und unserer Bodenschätze ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, wie ihn viel reichere und freiere Staaten Europas erlebt haben, vermieden werden konnte, so ist dies neben der Hilfe des Auslandes, diesen zwei Maßnahmen zu danken. Sie allein haben den drohenden Zahlenwahnsinn einer Inflation, die nur Spekulanten und Schiebern nützt und besonders schwer, wie wir aus der Erfahrung wissen, die Arbeiter und Angestellten trifft, wirksam Einhalt geboten.

Bald nach dem Währungsschutzgesetz begannen sich die Preise, wenn auch mit einigen Schwankungen zu stabilisieren, der Schilling erhielt wieder einen Wert, die Waren kehrten vom schwarzen Markt wieder in die Geschäfte zurück und unsere Produktion begann wieder anzusteigen. An dieser Besserung der wirtschaftlichen Lage Wiens hat auch die Stadtverwaltung durch Erhöhung ihrer Einnahmen profitiert. Besonders zwei Umstände haben dies bewirkt: Erstens die Produktionserhöhung, durch die nicht nur der Umsatz sondern auch die Lohnsummen und damit alle Einnahmen der Gemeinde gesteigert worden sind. Einen zweiten Umstand stellt auch die Rückwanderung der Waren vom schwarzen auf den legalen Markt und damit die Rückwanderung von unbesteuerten auf den besteuerten Warenverkehr dar. Diese Mehreinnahmen haben es möglich gemacht, im Jahre 1948 das Ersparungsprogramm fast zur Gänze aufzuheben und die Mehrausgaben zu decken. Entsprechend dieser Entwicklung sind die Einnahmenansätze des Jahres 1949 gestellt worden: das sind insgesamt - der ordentliche und der außerordentliche Voranschlag zusammen - , 1151 Millionen Schilling; somit Mehreinnahmen um 350 Millionen Schilling. Diese

Mehreinnahmen sind jedoch nicht zur Gänze reelle Einnahmen, weil 42.5 Millionen mehr Wertdurchführungen, das sind interne Verrechnungen zwischen den Gemeindestellen, und 45 Millionen Kredite aus den Wohnbaufonds des Bundes darin einbezogen sind.

Stadtrat Resch kam dann auf die Abgabenteilung, die auf das Jahr 1949 verlängert wurde, zu sprechen und stellte fest, daß es der Gemeindeverwaltung nicht leicht geworden ist, diesem Vorschlag des Bundes zuzustimmen, weil die Abgabenteilung die berechtigten ^{aber} Ansprüche der Gemeinde Wien nicht erfüllt. Die Verhandlungen haben/erst im September begonnen, sodaß es bei der Fülle der Probleme unmöglich war, eine neue Abgabenteilung zu beraten und zu beschließen. Stadtrat Resch gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß mit der Besserung der wirtschaftlichen Situation auch die Aussicht besteht, bei den kommenden Verhandlungen günstiger abzuschließen.

Die realen Mehreinnahmen betragen 262,4 Millionen, von denen 88 Millionen auf die Abgabenteilungen entfallen und 174,4 Millionen auf eigene Abgaben, Gebühren und Tarife. Trotz diesen Erhöhungen sind die Einnahmen gegenüber den Friedenseinnahmen gering. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet, daß die Steigerung der Ausgaben mit einem Index von 3.5 bis 4.5 anzusetzen ist. Multipliziert man also die Einnahmen des Jahres 1929, die 493,6 Millionen Schilling betragen, nur mit 3.5, so fehlen gegenüber den mit 1150 Millionen veranschlagten Einnahmen des Jahres 1949, 600 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die Verpflichtungen, die die Gemeindeverwaltung aus dem Krieg und der Nachkriegszeit übernommen hat, und die Unterlassung der verschiedenen Erhaltungsarbeiten in der Vorkriegszeit.

Trotzdem wurde versucht im Rahmen des Budgets die wichtigsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung zu lösen; vor allem wurden dem sozialen Wohnungsbau mehr Mittel, als im Jahre 1948 möglich war, zugeführt, ohne aber die übrigen wichtigen Aufgaben, wie etwa das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen zu vernachlässigen.

Stadtrat Resch ging sodann auf die Voranschläge der einzelnen Verwaltungsgruppen näher ein. Die Verwaltungsgruppe I, Personalwesen, verzeichnet eine Steigerung der Einnahmen von 15 Millionen auf 24 Millionen Schilling. Die Ursachen dafür sind in der erstmaligen Verrechnung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen zu suchen, die in die ordentliche Gebarung eingebaut wurden.

Außerdem wurden die Verwaltungskostenbeiträge erhöht. Die Ausgaben sind von 129 Millionen um 23 Millionen auf 152 Millionen gesteigert worden. Diese Zahlen geben aber ein falsches Bild, da nur ein Teil des Personalaufwandes darin enthalten ist, weil im nächsten Jahr mehr Magistratsabteilungen betriebsmäßig verrechnet werden. Wenn man richtig vergleichen will, betragen die Gesamtausgaben 421.4 Millionen Schilling. Die Ursachen dafür sind vor allem in der letzten Lohnerhöhung zu suchen. Der Gesamtstand der Angestellten hat sich um 1228 vermehrt. Insgesamt gibt es 39.369 Angestellte. Diese Personalvermehrung hat ihren Grund vor allem in der Wiedereinstellung von amnestierten Minderbelasteten, aber auch in der unvermeidlichen Einstellung von Fachkräften wie zum Beispiel Pflegerinnen und Fürsorgerinnen. Aber auch die Regelung der Nebengebühren und die Pragmatisierung und damit höhere Einreihung vieler Angestellten fällt ins Gewicht.

Diese hohen Personalkosten sind das größte Problem, nicht nur der Stadt Wien sondern aller öffentlichen Verwaltungen dieses Landes. An diesen hohen Personalkosten ist allein der Personalstand schuld, der wieder ein Erbe der faschistischen Verwaltungen darstellt. Soll eine produktive Tätigkeit nicht verhindert werden, muß unbedingt die Personallast vermindert werden. Stadtrat Resch stellte ausdrücklich fest, daß die Angestellten der Stadt Wien nicht zu wenig arbeiten, sondern daß die Ursache allein in der komplizierten Verwaltung liegt. Es wird daher die Aufgabe der nächsten Jahre sein, eine Verwaltungsvereinfachung zu erzielen. Je mehr Menschen produzieren, und je weniger verwalten, desto höher wird der Lebensstandard für alle sein. 39.369 Angestellte können nicht gut bezahlt werden, ohne die übrigen Aufgaben der Gemeinde zu vernachlässigen. Stadtrat Resch richtete auch die Bitte an das Parlament, durch neue Gesetze nicht neuen Personalaufwand zu schaffen. Die Gemeinde hat in den letzten Monaten zur Ausführung neuer Gesetze hunderte Angestellte benötigt, weil man nicht an die Auswirkungen dieser Gesetze gedacht hat.

In der Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, rechnet man mit Einnahmen von 743 Millionen Schilling, das sind um 214,2 Millionen mehr als in diesem Jahr. Diese Erhöhung erklärt sich aus der Erhöhung der Steuern und aus den neuen Steuern. So soll die Lohnsummensteuer 12 Millionen mehr ergeben, die Grundsteuer 48 Millionen, die Vergnügungssteuer 6 Millionen, die Getränkesteuer 18 Millionen, die Anzeigenabgabe 1 Million, die Ankündigungsabgabe 750.000, die Gefrorenensteuer 1 Million und die Feuer-schutzsteuer gleichfalls 1 Million. Die Verwaltungsabgaben werden um 2 Millionen Schilling weniger einbringen, da die Fahrbe-fehle für Fuhrwerke wegfallen. Die Gebrauchsgebühren werden um 14,9 Millionen höher sein und die Wegbenützungsgebühr um 6,9 Millionen. Demgegenüber stehen die Ausgaben von 15,5 Millionen Schilling. Davon sind 10 Millionen Schilling als Reserve für un-
vorhergesehene Ausgaben gedacht; diese Reserve hat damit zum ersten Mal den gleichen Stand wie im Frieden, nämlich 2 Prozent der Gesamtausgabensumme erreicht.

Zum Schluß seiner Ausführungen über die Geschäftsgruppe II sprach Stadtrat Resch den Beamten seiner Verwaltungsgruppe, die mit Fleiß und größter Objektivität gearbeitet haben, seinen Dank aus.

Die Einnahmen der Verwaltungsgruppe für Kultur und Volks-bildung sind gegenüber 1948 fast unverändert geblieben, während die Ausgaben anscheinend um 4 1/2 Millionen S gestiegen sind. Diese Zahl ergibt ein falsches Bild, weil gerade in dieser Ver-waltungsgruppe eine größere Anzahl von Abteilungen heuer erst-malig betriebsmäßig, verrechnet aufscheinen. Außerdem wurden im Vorjahr 900.000 S für das Opferdenkmal bei den Ausgaben verrech-net und 800.000 S für den Sonderfonds für Sportzwecke. Nach die-sen Korrekturen im Jahre 1948 ergeben sich Ausgaben von 5,5 Mil-lionen gegenüber 7,6 Millionen im Jahre 1949, oder eine Erhöhung von 38% im ordentlichen und 560% im außerordentlichen Voran-schlag, mit der diese Verwaltungsgruppe so ziemlich an der Spitze der perzentuellen Erhöhungen aller Verwaltungsgruppen steht. Der Referent bemerkte, daß diese Erhöhung nicht deshalb bewilligt wurde, weil der zuständige Stadtrat der radikalen Partei ange-hört, sondern deswegen, weil die Stadt Wien auch ihre Pflich-
gegüber Kultur und Sport erfüllen will.

In der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen stiegen die Einnahmen von 32.7 Millionen auf 49.5 Millionen Schilling, und die Ausgaben von 133.9 auf 181.8 Millionen Schilling. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die Gemeinde Wien trotz ihrer intensiven Bautätigkeit auf die Fürsorge für die Kinder und die alten Leute nicht vergessen hat.

Die Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, weist eine Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Vorjahre von 33 Millionen auf, diese ergibt sich aus der Erhöhung der Verpflegskosten. Bei den Ausgaben werden heuer erstmalig die Desinfektions- und Quarantäne-Stationen betriebsmäßig verrechnet und es ergibt sich eine Steigerung von 129 Millionen auf 183 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahre. Allein für Spitäler und Heilanstalten für Geisteskranke werden 52 Millionen mehr ausgegeben als im Vorjahre. StR. Resch erwähnte hier, daß der Betriebsabgang der Spitäler allein einschließlich Investitionen und Kriegsschäden im nächsten Jahr auf 67 Millionen steigen wird. Dieser Betriebsabgang ist ein schweres Problem der Finanzgebarung der Gemeindeverwaltung. In diesem Jahre wurde versucht in Verhandlungen mit dem Bund einen Teil dieses Problems, und zwar den klinischen Mehraufwand zu lösen. Der Bund hat für die Zeit von 1945 bis zum 30. Juni 1948 die Kosten für den klinischen Mehraufwand übernommen. Offen ist nun noch die Frage, in welcher Höhe dieser Mehraufwand vom Bund laufend für die Zeit ab 1. Juli 1948 getragen werden soll.

Es besteht nun noch eine Forderung an den Bund. Nach dem ersten Weltkrieg war der Bund nach dem Krankenanstaltengesetz verpflichtet, $\frac{3}{8}$ des Abganges zu tragen. $\frac{3}{8}$ entfielen auf die Länder und $\frac{2}{8}$ auf die Gemeinden. Mit dem Fondsanstaltengesetz ist eine Sonderregelung für Wien erfolgt, und zwar in der Form, daß in Wien der Bund den gesamten Abgang der Fondskrankenanstalten, während die Gemeinden jenen der eigenen Krankenanstalten übernehmen müssen. Eine dieser zwei Regelungen muß nun vom Bund gefordert werden. Es ist unmöglich, daß die Gemeinden diesen enormen Betriebsabgang der Spitäler auf eigene Kosten übernehmen sollen. Dasselbe Problem besteht in allen übrigen Bundesländern, auch sie können diese Lasten nicht mehr allein tragen. Im kommenden Jahr muß daher nachdrücklichst vom Bund gefordert werden,

uns wenigstens einen Teil dieser Lasten abzunehmen. Es werden ja nicht nur Angehörige Wiens, sondern Kranke aus ganz Österreich in den Spitälern aufgenommen.

Unterbrechung des Berichtes über die Budgetdebatte.

Verkauf des ungarischen Geflügels

=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Aus einem Kompensationsgeschäft mit Ungarn ist für Wien eine Zuteilung von 500 Tonnen Geflügel vorgesehen. Die erste Teilanlieferung von 225 Tonnen wird für den Beginn der kommenden Woche erwartet. Es handelt sich überwiegend um Gänse und Enten, zum kleineren Teil um Suppen- und Junghühner. Die Ware ist stark eingefroren. Sie muß aufgetaut werden, bevor sie zerkleinert werden kann.

Um Verzögerungen in der Auslieferung zu vermeiden, werden alle ankommenden Lieferungen sofort verkauft. Ein Aufruf auf Kartenabschnitte und eine allgemeine Ausgabe in kleinen Teilstücken ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Das ungarische Geflügel wird daher unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen, die mit der Innung der Fleischhauer, Fachabteilung der Wildpret- und Geflügelhändler, vereinbart wurden, zum Verkauf freigegeben. Sämtliche Geflügelkleinhändler in allen Bezirken erhalten Ware zugewiesen.

Über Verlangen einer Kundschaft muß der Geflügelhändler auch Teilstücke abgeben. Pro Familie soll nicht mehr als eine Gans (Ente) bezogen werden. Großverbraucher (Anstalten, Werkküchen) werden bevorzugt beliefert, jedoch nur gegen eine Bezugsanweisung des Landesernährungsamtes.

Der Verbraucherpreis beträgt für jedes Stück ungarischen Geflügels (Gänse, Enten, Suppen- und Junghühner) bei Abgabe im ungeteilten Zustand S 27.50 pro kg. Der Preis für Teilstücke ist in jedem Geschäft aus einem Anschlag ersichtlich. Wer höhere Preise für das Importgeflügel fordert, bzw. dieses als österreichische Ware ausgibt, hat schwere Strafen zu gewärtigen. Verstöße sind sofort der nächsten Marktamtsabteilung anzuzeigen.

Fortsetzung des Berichtes über die Budgetdebatte.

Bei der Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, sind die Einnahmen um 12.5 Millionen gestiegen, die Ausgaben von 215 Millionen auf 298 Millionen Schilling. Von diesen entfallen allein auf die Herstellung von Neubauten und Behebung von Kriegsschäden 85.5 Millionen. Der Gesamtbauaufwand wird 402.9 Millionen betragen. Für diesen Betrag wird also die Bauindustrie Aufträge erhalten. (Beifall bei den Parteigenossen.) Damit hat die Gemeindeverwaltung die dringendste Verpflichtung erfüllt und ihren Teil aus den Einnahmen dazu beigetragen, damit die Arbeiter und Angestellten dieser Stadt beschäftigt werden können. Die Gemeindeverwaltung hat nicht nur den Mut Steuern zu fordern, sondern sie übernimmt daraus auch die Verpflichtung, die Einnahmen aus diesen höheren Steuerleistungen der Wirtschaft zuzuführen. (Starker Beifall.)

Es wird nicht mehr bestritten, daß die Gemeinde bauen muß. Es ist nur die Frage noch ungeklärt, ob dieses Bauen aus Steuermitteln oder mit Hilfe von Krediten erfolgen soll. Wenn Kredite in Anspruch genommen werden würden, würde ein Kapitaldienst auflaufen. Dieser müßte entweder von den Mietern durch unerschwingliche Zinse getragen oder von der Gemeinde übernommen werden. Dies würde zur Folge haben, daß die Gemeinde in 12 Jahren unter dieser drückenden Last das Bauen einstellen müßte. Die Gemeinde studiert nun gemeinsam mit Genossenschaften ein Projekt, um das Bauen bei erschwinglichen Zinsen zu ermöglichen. Es ist soziale Verpflichtung jeder Gemeindeverwaltung dauernd zu bauen und dies ist nur aus Steuermitteln möglich. (Lebhafter Beifall).

Die Verwaltungsgruppe VII, Allgemeine Bauangelegenheiten, weist Mehreinnahmen von 65.2 Millionen aus, davon allein 14 Millionen im Fuhrpark. Die Ausgaben sind von 86.1 auf 103.7 Millionen gestiegen.

Die Einnahmen der Verwaltungsgruppe VIII, Wohnungswesen, sind um 6 Millionen gestiegen, während die Ausgaben allein für Wohnhäuserverwaltung 8 Millionen Schilling betragen.

Die Einnahmen der Verwaltungsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, sind um 2.6 Millionen gestiegen, während sich die Ausgaben um 15.5 Millionen erhöht haben. Von diesem Betrag werden allein für Investitionen und Behebung von Kriegsschäden bei Pflicht- und Berufsschulen um 10 Millionen S mehr als im Jahr 1948 aufgewendet. Dies beweist, daß wir das Schulproblem ebenfalls zu lösen versuchen.

Die Verwaltungsgruppe X, Ernährungsangelegenheiten, weist gegenüber dem Vorjahr in gleicher Höhe gebliebene Einnahmen aus. Sie ist auch bemüht bei den Ausgaben mit den Voranschlagssätzen auszukommen. Es wird ^{sich} aber doch eine Erhöhung um 2 Millionen Schilling ergeben, die für bauliche Investitionen bei den Schlachthöfen verwendet werden, und um 5 Millionen Schilling für die Kriegsschadenbehebung auf den Märkten und Schlachthöfen. Auf diesem Gebiet kann leider viel zu wenig getan werden. Die Wiederherstellung der Schlachthöfe ist aber ein lebenswichtiges Problem dieser Stadt, da dadurch die Lebensmittelversorgung sichergestellt erscheint.

Bei der Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, sind die Einnahmen um 1 Million gestiegen. Auch diese Verwaltungsgruppe ist bemüht bei den Ausgaben die Vorjahresziffern nicht zu übersteigen.

Die in der Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmen, früher verrechnete Wegebenutzungsgebühr wird erstmalig in der Gruppe II, Finanzangelegenheiten, verrechnet. Bei den Einnahmen erscheinen daher nur die Abfahren an Überschüssen von Bestattung, Brauhaus und Gewista im Betrage von 500.000 Schilling auf. Die anderen Betriebe werden keine Überschüsse aufweisen. Diese Zahl zeigt, daß die Gemeindeverwaltung ihre Betriebe nicht dazu benützt, um hohe Gewinne zu erzielen.

Damit hatte der Referent seine Ausführungen über den ordentlichen Voranschlag beendet.

Im außerordentlichen Voranschlag wird mit Einnahmen von 46.3 Millionen gerechnet. Dieser Betrag ist aus Überweisungen des Bundes für Kredite aus dem Wohnbaufonds zu erwarten. Die Ausgaben für Kriegsschäden werden von 80 auf 109 Millionen steigen.

Die entscheidendsten Posten für diese Erhöhung sind 4 Millionen Schilling für Kriegsschädenbehebung in den Gärten, damit endlich wieder die Frauen und Kinder der Stadt Wien ihre Erholungsstätten wiederhaben. (Allgemeiner Beifall). 33 Millionen für Kriegsschadenbehebung an Wohnhäusern - mit diesem Betrag wird die Gemeindeverwaltung imstande sein, mehr als 4500 mehr oder weniger zerstörte Wohnungen wiederherzustellen und damit mit 2500 Neubauten fast 7.000 Wohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zuzuführen. (Starker Beifall) 1.5 Millionen Schilling werden für Kriegsschadenbehebung für Märkte und Schlachthöfe und 1.5 Millionen für Kriegsschadenbehebung bei Feuerwehranlagen verwendet.

Wir haben ein Budget vorgelegt, das ohne Erhöhung der Steuern und Abgaben die voraussichtlichen Einnahmen um einen bedeutenden Betrag höher annimmt, als sie im Voranschlag 1948 angenommen waren. Wir haben darüber hinaus die Ausgaben noch um eine Summe von mehr als 100 Millionen Schilling höher eingesetzt als die Einnahmen und damit der optimistischen Erwartung Ausdruck gegeben, daß es uns gelingen wird, die Einnahmen noch über die im Budget angesetzte Summe zu steigern. Wir stützen unseren Optimismus, den übrigens auch der Bund in seinem Budget teilt, auf drei Annahmen: Erstens darauf, daß die Völker dieser Erde nach den Erfahrungen der zwei Weltkriege endlich gelernt haben, daß Kriege weder wirtschaftliche noch nationale Probleme lösen und daß es im modernen Krieg keine Sieger, sondern nur Besiegte gibt. (Beifall) Wir erwarten trotz allem Säbelrasseln da und dort, daß die Welt einer friedlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung entgegengeht. Zweitens darauf, daß dank dem Fleiß und der hohen Begabung unserer Bevölkerung der Wiederaufbau unserer eigenen Wirtschaft rasche Fortschritte machen wird und mit der damit verbundenen Erhöhung der Produktion sich auch die Einnahmen der Gemeinde mehr erhöhen werden als wir heute annehmen können. Drittens darauf, daß uns auch im kommenden Jahre die Unterstützung des Auslandes nicht versagt werden wird und damit die Voraussetzungen für eine ausreichende Ernährung der arbeitenden Menschen unserer Stadt geschaffen und für die Einfuhr einer genügenden Menge von Rohstoffen und Maschinen gesorgt werden kann.

Trotzdem wissen wir, daß auch bei Erfüllung der optimistischsten Erwartungen über die wirtschaftliche Entwicklung nicht jene Summen zustandekommen können, die im Interesse einer raschen Behebung der Kriegsschäden und im Interesse des raschen Aufbaues unserer Betriebe notwendig wären. Der Wahnsinn des faschistischen Krieges, der auch alle unsere früheren wirtschaftlichen Verbindungen zerrissen hat, die Schäden, die der Krieg und auch die Konfiskationen der Nachkriegszeit unserer Stadt zugefügt haben, und die Unterlassungen wichtiger Arbeiten im Kriege und schon vor dem Kriege - z.B. auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues, der Straßen- und Brückenerhaltung, der Erhaltung der Schulen, Spitäler und sonstigen Wohlfahrteinrichtungen - haben uns eine solche Unsumme von Aufgaben hinterlassen, daß sie von einer Generation überhaupt nicht geleistet werden können. Hiezu kommt, daß die labile Lage der Wirtschaft, die ja erst im Aufbau ist, und das noch nicht hergestellte Gleichgewicht zwischen Löhnen und Preisen es derzeit nicht möglich machen, durch Erhöhungen von Steuern oder Abgaben die Einnahmen der Gemeinde wesentlich zu steigern.

Soll der Aufbau unserer Stadt rascher durchgeführt und ein Teil der Kosten dieses Krieges auch späteren Generationen angelastet werden, so muß die Gemeindeverwaltung für einmalige Investitionen und für die Behebung von Kriegsschäden, und zwar für jene Aufgaben, die aus Mangel an Mitteln nicht im Budget untergebracht werden konnten, Kredite aufnehmen. Die Wiener Gemeindeverwaltung ist noch heute stolz darauf, nach dem ersten Weltkrieg ein großes Aufbauprogramm nicht nur im Wohnbauwesen, sondern auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, des Gesundheitsdienstes, des Schulwesens und aller übrigen Verwaltungszweige durchgeführt zu haben, ohne die Stadt zu verschulden. Damals wurde nur eine einzige Anleihe, die Dollaranleihe aufgenommen, die aber restlos zum Aufbau unserer Monopolbetriebe und mit keinem Groschen für Zwecke der Hoheitsverwaltung verwendet wurde. Es fällt der heutigen Gemeindeverwaltung daher gewiß nicht leicht, dieses Prinzip, die Stadt aus eigenen Einnahmen aufzubauen, nun aufgeben zu müssen.

Die Verhältnisse sind aber leider heute wesentlich schwieriger als damals. Nach 1918 gab es keine Kriegsschäden und die Betriebe unserer Stadt waren unversehrt. Heute haben wir eine halb zerstörte Stadt und Betriebe, die einen großen Teil ihrer Gebäude und Maschinen durch den Krieg oder die Nachkriegszeit verloren haben, deren Wirtschafts- und damit deren Steuerkraft also nicht die Belastungen verträgt, die für einen Aufbau nur aus Steuermitteln nötig wären. Wollten wir alle unsere produktiven Aufgaben aus den wirtschaftlichen Erträgen der Gegenwart decken, so müßten wir den größten Teil des Sozialproduktes für diese Zwecke verwenden und könnten nur den Rest zur Deckung des Konsumbedarfes unserer Bevölkerung verwenden. Wir müßten unserem Volke, vor allem den Arbeitern und Angestellten, auf lange Jahre hinaus einen Lebensstandard zumuten, der nur gerade die allernotwendigsten Bedürfnisse deckt. Unsere Generation hat aber schon so viel schweres erlebt und so große Entbehrungen erlitten, daß ich überzeugt bin, daß sie eine solche neuerliche Nervenprobe nicht mehr aushalten würde.

Die Gemeindeverwaltung hat daher schon in den letzten Jahren immer wieder erklärt, daß sie Kredite aufnehmen will, um den Aufbau unserer Stadt rascher durchführen zu können. Bisher waren aber Kredite nicht zu haben. Auslandskredite deshalb nicht, weil wegen der verschiedenen Bewertung des Schillings im Inlande und auf dem Weltmarkt das Valutenrisiko zu groß ist, Inlandskredite aus Mangel an liquiden Mitteln. Unsere Ersparnisse in den Banken und Sparkassen sind in Reichsanleihen aufgegangen und heute wertlos. Nun ergibt sich aber durch die Europahilfe erstmalig eine konkrete Möglichkeit größere Kredite zu erhalten. Die Lieferungen aus dem Europahilfsplan erfolgen bekanntlich - mit Ausnahme der Frachtspesen - im ersten Planjahr - und hoffentlich auch später - vollkommen unentgeltlich. Die Schillingerlöse für diese Lieferungen werden in einem Hilfsfonds gesammelt, den die Bundesregierung verwaltet und aus dem mit Zustimmung der amerikanischen Verwaltungsstellen des Europahilfsplanes Beträge für die Stützung der Währung und für produktive Investitionen gegeben werden können. Ich weiß, daß die Anforderungen an diesen Fond von allen Seiten - vom Bund selbst, von seinen Betrieben, von der verstaatlichten und von der privaten Wirtschaft - überaus große sind.

Trotzdem glaube ich, daß die Stadt Wien, die absolut die schwerst geschädigte Stadt unseres Landes ist, wohl auch darauf Anspruch erheben kann, aus diesen Krediten beteiligt zu werden. Unsere Monopolbetriebe haben bereits ihren Anspruch auf Zuweisung von Krediten aus diesem Fonds schriftlich angemeldet. Ich glaube, daß ihr Wiederaufbau für die österreichische Wirtschaft mindestens so wichtig ist, wie der Aufbau irgend einer anderen Industrie. Es wäre sinnlos Wasserkräfte und Leitungsanlagen mit hohen Kosten zu bauen und hier in Wien, im Schwerpunkte des Verbrauches, die zwei modernen Dampfaggregate des Elektrizitätswerkes, die wir als Kriegsbeute verloren haben, aus Mangel an Geld nicht zu ersetzen, Ich melde aber auch heute offiziell den Anspruch der Hoheitsverwaltung an, auch für ihre Investitionen und Kriegsschäden, soweit sie nicht durch Budgetmittel gedeckt werden können, Kredite aus diesem Fonds zu erhalten. Ich gebe auch der Erwartung Ausdruck, daß die Stadt diese Kredite unter den gleichen Bedingungen erhält, wie sie für den Bund und seine Betriebe gelten sollen. Es wäre unbillig, die schwer getroffene Hauptstadt, die diese Kredite nur zum Aufbau ihrer Monopolbetriebe, die ohne Gewinnabsicht geführt werden und zur Behebung ihrer Kriegsschäden an öffentlichen Gebäuden benötigt, etwa Erwerbsunternehmen gleichzustellen, die aus den getätigten Investitionen Gewinne erzielen und daher leicht Zinsenlasten tragen können.

Ich bin überzeugt, daß alle Parteien dieses Hauses mit-helfen werden, daß auch die Stadtverwaltung Kredite aus diesem Fonds erhält. Wir werden sie so verwenden, daß die gesamte Bevölkerung unserer Stadt, vor allem aber die Arbeiter und Angestellten, die schon bisher mit Fleiß und hohem Verständnis für wirtschaftliche Möglichkeiten ihren Teil zum Aufbau beigetragen haben, hievon ihren Nutzen haben wird. (Beifall.)

In der nun folgenden Generaldebatte über den Voranschlag für 1949 sprach als erster Redner GR. Lauscher (KPÖ). Er führte aus, daß dieser Voranschlag Anlaß dazu wäre, sich auch mit Problemen zu befassen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang damit stünden. Es wäre aber grundfalsch, sie nur deshalb nicht zu besprechen, weil sie nicht in die Kompetenzen der Gemeinde Wien fallen würden.

Es wird seit langem immer klarer, daß viele Fragen nur durch die sogenannte "Schicksalsgemeinschaft" der ÖVP und SPÖ, die teils im Parlament, und zum anderen Teil im Rathaus die Mehrheit besitzen, keine befriedigende Lösung zugeführt werden konnten. Die Nachteile dieser Schicksalsgemeinschaft hätte auch die Gemeinde Wien zu tragen. Ein Beispiel dafür wäre, das Abgabenteilungsgesetz, durch das die Gemeinde Wien schwer benachteiligt würde. Wenn der feste Wille der beiden Mehrheitsparteien des Wiener Rathauses bestanden hätte, dieser Benachteiligung energisch entgegenzutreten, hätte es genügend Gelegenheiten dazu gegeben. Es sei aber klar, daß in diesem Augenblick aber auch die Politik der "Schicksalsgemeinschaft" ihr Ende gefunden hätte.

Wir haben in diesem Jahr die Erfahrung gemacht, führte GR. Lauscher weiter aus, daß die Dringlichkeit der von uns aufgezeigten Aufgaben nicht mehr bezweifelt werden konnte. Die kommunistische Fraktion habe es immer als ihre Aufgabe angesehen, den Wiederaufbau Wiens zu beschleunigen und die Interessen der Arbeiter und Angestellten dieser Stadt zu vertreten. Die beiden Mehrheitsparteien hätten aber diese Anträge meistens bekämpft und ihre Durchführung mit der stereotypen Antwort abgelehnt, daß kein Geld dafür vorhanden wäre. "Wir haben", rief GR. Lauscher aus, "eine soziale Finanzpolitik gefordert und eine Besteuerung der Massen abgelehnt. Wir haben auch den Vorschlag unterbreitet, für den Wiederaufbau Mittel aus dem UNRRA-Fonds zu beanspruchen. Die Antwort darauf war, daß dies nicht möglich sei. In der Praxis habe das aber bedeutet, daß die beiden Mehrheitsparteien nicht bereit sind, einen ernstesten Kampf um diese Mittel zu führen."

Die Führung dieser Parteien weise durch ihre Wander- und Sonntagsredner darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Situation Österreich gebessert hätte. Das hätte man aber auch in dem Budget der Gemeinde Wien für 1948 bemerken müssen. Dieser Ausdruck sei aber dort nicht zu finden.

Der Ausbau der Monopolbetriebe der Stadt gehe nur sehr langsam und unter großen Schwierigkeiten vor sich und auch der kommunale Wohnhausbau bleibe weit hinter den Versprechungen, die anlässlich der Wahlen im Jahre 1945 geben wurden, zurück.

GR. Lauscher zitierte sodann den letzten Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstituts. Aus diesem gehe hervor, daß nach vorsichtigen Schätzungen die Profite der Unternehmer mindestens vier Milliarden des Volkseinkommens für 1948 betragen. Auf der anderen Seite sei ein ständiges Sinken des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten festzustellen. Wenn sich heute die Arbeiter nichts kaufen könnten und viele von ihnen außerdem um ihren Arbeitsplatz zittern müßten, so seien das die Folgen von drei Jahren ÖVP-Politik. (Lebhafte Zwischenrufe von seiten der ÖVP-Fraktion).

Auf dem Wege über die berüchtigten Volksreferate der ÖVP versuche diese nun, die Wählerstimmen der kleinen, irreführten Nationalsozialisten zu gewinnen. Zu dieser Politik passe auch die Betonung der Volksverbundenheit und Blutverwandtschaft in der letzten Gemeinderatssitzung durch einem ÖVP-Gemeinderat. (Zwischenrufe ÖVP). Über den arbeiter- und volksfeindlichen Charakter der Volkspartei kann es heute keinen Zweifel mehr geben. (Lebhafte Zwischenrufe, wie: Die Volksfeinde seid ihr!) Darüber, führte GR. Lauscher weiter aus, müßten sich auch die Sozialisten klar sein.

GR. Lauscher zitierte sodann einen Ausspruch von Stadtrat Breitner, wonach dieser 1926 gesagt habe, daß er neue Wege ginge und deshalb von den Christlichsozialen angefeindet würde. Das beweise aber nur die Richtigkeit seiner Auffassung. In dem Augenblick, wo er die Zustimmung der Christlichsozialen finden würde, wäre es besser, ihnen die Führung des Rathauses zu übertragen. Es wäre daher sehr bemerkenswert, daß die Budgetpläne des Stadtrates Resch die Zustimmung der ÖVP-Fraktion gefunden habe.

Nach einem heftigen Angriff gegen den Marshallplan schloß GR. Lauscher mit dem Versprechen, daß die KPÖ weiter für den sozialen Fortschritt und gegen die Profitinteressen einer Minderheit kämpfen werde, seine Ausführung. (Zwischenruf: Es sprach die Stimme Österreichs).

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) stellte einleitend fest, daß sich gegen 500 Schilling im vorigen Jahr, im Jahre 1949 die Abgaben auf 610 Schilling pro Kopf erhöhen. Diese Steigerung von 18 Prozent überhöht die durchgeführten Lohnerhöhungen. Er unterstrich besonders die Tatsache, daß die Gewerbesteuer im Jahre 1949 66 Millionen einbringen werde wogegen sie noch im Jahre 1947 111 Millionen eingebracht hat. Auf die letzte Währungsreform zurückkommend erklärte Dr. Soswinski, daß sie restlos die Spareinlagen der kleinen Sparer vertilgt hätte und daß die gegenwärtige herabsinkende Tendenz der Spareinlagen eine Folge des niedrigen Realeinkommens der breiten Massen sei. Die Waren sind vom Schwarzen auf den Grauen Markt gekommen und es gibt bereits wieder Leute, die von einer neuen Währungsreform sprechen. (Entrüstete Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP).

GR. Dr. Soswinski gab weiter der Meinung Ausdruck, daß bei der Behandlung des vorgelegten Budgets insbesondere drei Momente Aufmerksamkeit verdienen würden. Erstens ein zweites Lohn- und Preisabkommen, zweitens Beibehaltung der Abgabenteilung, drittens der Marshallplan. Die Bevölkerung ist sich heute bereits bewußt, daß auch im Falle der Durchführung eines zweiten Lohn- und Preisabkommens dieses bald überholt sein würde. Durch die gegenwärtige Finanzpolitik der beiden Mehrheitsparteien im Parlament wird die Bevölkerung wieder um viele Millionen gebracht werden. Er kritisierte dann besonders die Behauptungen, daß im Laufe des Jahres 1948 die geforderte neue Abgabenteilung nicht durchgesetzt werden konnte und fügte hinzu, daß dies ein weiterer Beweis ist, daß der Gemeinderat nichts im Interesse Wiens unternimmt. Die Reden und Taten stehen sich hier diametral gegenüber und sind ein Verrat an der Bevölkerung.

Das vor einem Jahr durchgeführte Währungsschutzgesetz hat den Kleinen sofort alles weggenommen, den Großen aber hat man 22 Jahre Zeit gelassen. Die Gemeinde Wien hat davon nichts bekommen. Hätte man eine wirklich gerechte Abgabenteilung durchgeführt, wären der Gemeinde Wien hunderte von Millionen zugefallen. Auch von der UNRRA-Hilfe hat die Gemeinde Wien nichts bekommen. Man hört, daß die Stadt Wien durch den Marshallplan beglückt werden soll und behauptet dabei, daß die Beträge der Regierung gehören, wobei der Eindruck erweckt werden soll, daß es sich um Geschenke handelt. Wenn wir aber Pferdekonserven essen, müssen wir sie durch die Nationalbank bezahlen und das Geld bleibt schließlich doch von den Amerikanern gesperrt. Jedes Gerede von Geschenken ist daher nichts als Unfug. Die 500 Millionen, von denen im Zusammenhang mit dem Aufbau gesprochen wird, finden keine gesetzliche Deckung. In den Kassen des Bundes existieren diese 500 Millionen nicht. Man müßte annehmen, daß im Laufe des Jahres 1948 von dieser Summe wenigstens 200 Millionen verbraucht worden sind, wahr ist aber, daß bis jetzt noch kein Groschen da ist. Wer also auf den Marshallplan baut, baut auf Sand. Wir haben von der ÖVP gehört, es sei möglich, Kredite zu bekommen. Dr. Soswinski weist darauf hin, daß die Amerikaner sich in Österreich einen Fonds geschaffen haben, den sie nun abschöpfen. Der Öffentlichkeit wurde verschwiegen, daß es sich um Kredite handelt und nicht um Geschenke.

Abschließend bemängelte der Redner insbesondere zwei Mängel der Budgetvorlage, die die Rentner und die Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung, betreffen. Im zweiten Fall stellte er fest, daß die Stadt Wien nicht genug für die Kultur aufbringt. Gibt ein Arbeiter von seinem Verdienst 70 Groschen von 10 Schillinge für die Kultur aus, bewilligt das Budget von 10 Schilling nur 6 Groschen. Sie gibt also weniger aus, als der Hilfsarbeiter. Zum Schlusse erklärte Dr. Soswinski, daß seine Fraktion sich gegen die Zurücksetzung Wiens und für bessere Lebensbedingungen der Wiener einsetzen wird. Seine Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Für die ÖVP sprach GR. Hiltl. Sie stellte einleitend fest, daß sich jeder verantwortungsbewußte Mandatar klar sein muß, daß den Wienern keine Versprechungen gemacht werden können. Man muß genau abwägen, was da ist und was ausgegeben werden kann. Es ist nicht möglich, daß Gemeindevertreter hier immer wieder Anträge stellen und Kritik üben ohne positive Vorschläge zu machen.

Auf das Budget selbst eingehend, stellte die Sprecherin fest, daß der größte Einnahmeposten der Finanzausgleich darstelle. Das ist ein Beweis dafür, daß das Budget des Staates doch ziemlich geordnet sein muß, wenn für die Stadt Wien in solchem Maß Einnahmen erzielt werden können. Die Sprecherin richtete jedoch gleichzeitig einen Appell an die Bundesländer und betonte, daß die Stadt Wien nicht nur für die Wiener sondern für das ganze Bundesgebiet von großer Bedeutung ist. Mit dem Wiederaufstieg dieser Stadt wird auch ganz Österreich ein großer Dienst erwiesen. (Beifall bei der ÖVP). Zu der zweitgrößten Post im Voranschlag, den Landes- und Gemeindeabgaben, sagte die GR. Hiltl, daß die Steuerlast, die die Wiener Bevölkerung tragen muß, sehr groß ist. Eine neuerliche Belastung kann auf keinen Fall in Frage kommen. (Beifall bei der ÖVP). Die Rednerin bemängelte die vorsichtige Präliminierung der Gewerbe- und Getränkesteuer und kam dann auf den Abgang im ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag zu sprechen, der 40 bzw. 63 Millionen beträgt. Sie betonte, daß diese Tatsache allen das größte Kopfzerbrechen bereitet.

GR. Hiltl ging dann näher auf die einzelnen Geschäftsgruppen ein. Sie brachte wieder die Forderung nach einer Verwaltungsreform zur Sprache, stellte aber gleichzeitig fest, daß die ÖVP einem Abbau nicht zustimmen werde. Sie trat für eine sinnvolle Planung in der Verwendung der Arbeitskräfte ein. Die Beamenschaft muß auch dazu aufgefordert werden, ihre Leistungen zu steigern, wie überhaupt jeder in unserem Staate seine Arbeitsleistung vergrößern muß um die Folgen der Nazizeit und des Krieges überwinden zu können.

Zum Voranschlag der Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung bemängelte die Rednerin, daß gerade diese Verwaltungsgruppe ein Stiefkind sei, obwohl doch die kulturelle Tradition Wiens hier zu größeren Ausgaben verpflichten würde.

Sie erhob im besonderen die Forderung, den Bau der Kirche auf dem Leopoldsberg durch die Gemeinde zu unterstützen.

Bei der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen trat die Rednerin besonders für eine bessere Stellung und Bezahlung der Fürsorgerinnen ein. Im allgemeinen betonte sie, daß man vor allem gesunde Lebens- und Wohnverhältnisse schaffen müsse, um die Ausgaben der Fürsorge niedriger ansetzen zu können.

Zum Voranschlag des 5. Hauptstückes, Gesundheitswesen, stellte GR. Hiltl mit Befriedigung fest, daß hier große Fortschritte erzielt worden seien. Es stehen heute sogar schon wieder mehr Spitalbetten zur Verfügung als benötigt werden.

Zur Geschäftsgruppe VI, Bauwesen, gab die Rednerin ihrer Befriedigung Ausdruck, daß ein eigener Architekt für die Planung bestellt worden sei und gab in diesem Zusammenhang verschiedene Anregungen für die künftige Gestaltung des Stadtbildes. Vor allem müsse an den Wiederaufbau und Ausbau des Wiener Hafens und die Neugestaltung des linken Donauufers gedacht werden. Auch für eine U-Bahn und für bessere Verkehrsverhältnisse im allgemeinen müsse schon jetzt vorgesorgt werden. In der Frage des Wohnbaues bejahte GR. Hiltl den sozialen Wohnungsbau, stellte aber fest, daß man auch andere Wege beschreiten müsse, wie dies z.B. in Innsbruck geschehen sei. Neben dem sozialen Wohnhausbau muß auch der Privatwirtschaft und den Genossenschaften die Möglichkeit zu bauen gegeben werden.

Bei der Geschäftsgruppe für baubehördliche Angelegenheiten stellte die Rednerin das Ersuchen, den Aktengang zu vereinfachen und die Baupolizei zentral zu gestalten, sodaß sich zeitraubende Wege für die Parteien erübrigen.

Im Wohnungswesen trat GR. Hiltl für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Wohnungen unter den Augen der Öffentlichkeit ein.

Auf die Geschäftsgruppen IX und X, wirtschaftliche Angelegenheiten und Ernährungswesen, eingehend, stellte die Rednerin fest, daß trotz allen gegenteiligen Stimmen von gewissen Kreisen die wirtschaftlichen Verhältnisse sich doch gebessert haben. Sie kam auch in diesem Zusammenhang auf Schulfragen zu sprechen und verlangte hier von der Mehrheitspartei des Hauses auch die Wiedergutmachung für konfessionelle Schulen.

Sie stellte weiter fest, daß sich im Stadtschulrat Versuche einer "Machtergreifung" durch die sozialistische Partei bemerkbar machen.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag für "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten" richtete GR. Hiltl einen Appell an die Öffentlichkeit, mit den Kriegsgefangenen keine Politik zu treiben. Es ist traurig genug, daß im Voranschlag für die Kriegsgefangenenfürsorge noch immer 805.000 S eingesetzt seien.

Zum Schluß kommend. betonte die Rednerin, daß der gesamte Voranschlag der Stadt Wien beweist, daß die Wiener Bevölkerung wirklich imstande ist, auch unter den schwersten Opfern Aufbauarbeit zu leisten. Man möge dies anerkennen und der Wiener Bevölkerung dafür danken. Gleichzeitig aber richtete GR. Hiltl einen Ruf an die Welt, Wien endlich einmal solche Verhältnisse zu geben, daß es leichter als bisher am Wiederaufbau arbeiten kann, vor allem Wien die Freiheit zurückzugeben und die Möglichkeit, daß die Menschen hier in Sicherheit leben, ohne täglich fürchten zu müssen, nicht mehr nach Hause zu kommen. (Stürmischer Beifall bei der Volkspartei.)

der Sprecherin

Nach den Ausführungen/der ÖVP unterbrach Bürgermeister Dr. h.c. Körner um 19.35 Uhr die Sitzung. Fortsetzung der Budgetdebatte morgen vormittag um 9 Uhr.

Trauerkundgebung des Wiener Gemeinderates für Georg Emmerling
=====

Vor Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates gedachte Bürgermeister Dr. h.c. Körner in ehrenden und tiefempfundenen Worten des am Sonntag verstorbenen ehemaligen Vizebürgermeisters Georg Emmerling. Die Ansprache wurde vom gesamten Haus stehend angehört.